



Vorlage Nr.: 50/139

Beschlussvorlage**öffentlich**

für den / für die	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Sozial- und Gesundheitsausschuss	Kreisdirektor	14.08.2008	2
Kreisausschuss	Kreisdirektor	25.08.2008	3
Kreistag	Kreisdirektor	01.09.2008	3

**Entsendung eines neuen Mitgliedes in den politischen Beirat der
Pflegekonferenz des Kreises Recklinghausen**

1	Klassifizierung der Aufgabe: Bei der Aufgabe handelt es sich um	
	☐ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Kreistagsbeschluss	☐ eine freiwillige Aufgabe: Bindung durch Vertrag
	☒ eine Pflichtaufgabe mit vorgeschriebenen Standards	☐ eine Pflichtaufgabe ohne vorgeschriebene Standards
	Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr:	

Auswirkungen (Ggf. weitergehende Ausführungen siehe Erläuterungen Nr.)

2	Finanzielle Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)						
	<i>Kurzfristig?</i>	☒ nein	☐ ja	Deckung im Haushalt?	☐ ja	☐ nein	<u>Erl-Nr.:</u>
				Beteiligung Dritter?	☐ ja	☐ nein	
	<i>Langfristig?</i>	☒ nein	☐ ja	Beteiligung Dritter?	☐ ja	☒ nein	<u>Erl-Nr.:</u>

3	Sonstige Auswirkungen (nur bei Beschlussvorlagen)		
	Auswirkungen für die Bürger?		☐ ja ☒ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Qualität der Aufgabenerfüllung?		☐ ja ☒ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Personelle und / oder organisatorische Auswirkungen ?		☒ ja ☐ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Gleichstellung von Mann und Frau?		☐ ja ☒ nein <u>Erl-Nr.:</u>
	Auswirkungen auf die Umwelt?		☐ ja ☒ nein <u>Erl-Nr.:</u>

Amt Fachdienst	Amtsleiter/in Fachdienstleiter/in	Dezernent/in Fachbereichsleiter/in	Kreisdirektor	Landrat
57	gez. Korte	gez. Schlathöller		
				gez. Welt

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag	☐ abweichender Beschluss
	☐ einstimmig	Ja: Nein: Enth.:

Beschlussvorschlag: Der Kreissozial- und Gesundheitsausschuss bestimmt als Nachfolger/-in für den verstorbenen Herrn Uwe Gorski als Mitglied im politischen Beirat der Pflegekonferenz

Frau/Herrn _____

Darstellung des Sachverhaltes:

Das Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen verpflichtet in § 5 Kreise und kreisfreie Städte zur Einrichtung von Pflegekonferenzen. Die Pflegekonferenz - im Kreis Recklinghausen Kreispflegekonferenz genannt - ist ein örtliches Fachgremium zur Klärung genereller Fragen und Problemfälle, die sich aus der Umsetzung des Pflegeversicherungsgesetzes (SGB XI) auf kommunaler Ebene ergeben. Ziel ist es, die vorhandene Pflegeinfrastruktur im Kreis Recklinghausen bezogen auf alle Bausteine (ambulant, teilstationär, stationär) einschließlich der Schnittstellen zu Einrichtungen des Gesundheitswesens so effizient wie möglich zu gestalten und die einzelnen Aufgabenbereiche stärker als bisher miteinander zu vernetzen.

Dabei sollen durch das Zusammenwirken aller Beteiligten im Handlungsfeld der pflegerischen Versorgung unter Beachtung der Rahmenbedingungen des Pflegeversicherungsgesetzes, des Landespflegegesetzes Nordrhein-Westfalen sowie der damit verbundenen Rechtsverordnungen konsensfähige Qualitätssicherungskonzepte auf örtlicher Ebene miteinander abgestimmt und weiterentwickelt werden.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des Landespflegegesetzes wirkt die Kreispflegekonferenz des Kreises Recklinghausen bei der Sicherung und qualitativen Weiterentwicklung der pflegerischen Angebotsstruktur im Kreis einschließlich der notwendigen komplementären Hilfen mit.

Nach dem Pflegeversicherungsgesetz sollen die Länder, die Kommunen, die Pflegeeinrichtungen und die Pflegekassen gemeinsam die Verantwortung für die pflegerische Versorgung der Bevölkerung tragen. Diese Vorgabe spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der 31 Mitglieder starken Kreispflegekonferenz des Kreises Recklinghausen wieder, die in der "Vereinbarung der Beteiligten an der Pflegekonferenz über Ziele, Aufgaben und Zusammenarbeit in der Pflegekonferenz des Kreises Recklinghausen" festgelegt wurde. Gemäß *Punkt 5* der vorgenannten Vereinbarung sind: *„die politischen Fraktionen des Kreistages des Kreises Recklinghausen über einen Beirat mit beratender Stimme bei den Sitzungen der Pflegekonferenz zugegen.“*

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat in seiner Sitzung am 9. Februar 2005 die Größe dieses Politischen Beirates auf 6 Personen festgelegt und folgende Mitglieder entsandt: Frau Gruse-Kettler, Frau Stuckel, Frau Steininger-Bludau, Frau Korun, Herrn Beyer-Peters und Herrn Gorski. Nach dem Tod des Herrn Gorski ist ein neues Mitglied zu benennen